

Speitkamp
Deutsche Kolonialgeschichte

Reclam Sachbuch

Winfried Speitkamp

Deutsche
Kolonialgeschichte

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14096
2005, 2021 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,
Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen
Aktualisierte und erweiterte Ausgabe 2021
Druck und Bindung: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG,
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell
Printed in Germany 2021
RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und
RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken
der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart
ISBN 978-3-15-014096-3
www.reclam.de

Inhalt

Zum Thema	9
1 Vorgeschichten	13
Neue Weltbilder	13
Kolonialagitation und Kolonialbewegung	16
Die Kolonialfrage in Wirtschaft und Politik	20
2 Expansion	26
Inbesitznahme	26
Das Scheitern der Kolonialgesellschaften	30
Fortführung und Abschluss der Expansion	35
3 Verfassung und Verwaltung	42
Verfassung und Reichsverwaltung	42
Verwaltungsaufbau und Personal	45
Formen von Kooperation und Herrschaftsbeteiligung	52
4 Recht und Justiz	60
Grundsätze und Ziele	60
Beteiligung der »Eingeborenen« und »Eingeborenenrecht«	63
Praxis der Strafgerichtsbarkeit	68
5 Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	73
Ordnungspolitik	73
Wirtschaftsformen	78
Entwicklungspolitik und wirtschaftliche Bilanz	84

6	Missionen, Bildung und Sozialpolitik	91
	Missionen	91
	Bildung und Schule	97
	Sozial- und Gesundheitspolitik	102
7	Stadt und Kultur in den Kolonien	108
	Urbanisierung und Stadtentwicklung	108
	Gesellschaft und Lebensformen in der kolonialen Stadt	113
	Ästhetische Repräsentationen und die Symbole der Herrschaft	118
8	Aufstände gegen die deutsche Herrschaft	123
	Deutsch-Südwestafrika 1904–1907	123
	Deutsch-Ostafrika 1905–1908	128
	Ergebnisse und Folgen	133
9	Rückwirkungen der Kolonialpolitik	138
	Kolonialskandale, Kolonialkritik, Kolonial- reformen	138
	Kolonialkultur im Reich	143
	Interkulturelle Begegnungen und nationale Identität	147
10	Das Ende der deutschen Kolonialherrschaft und der Kolonialrevisionismus	155
	Der Untergang des deutschen Kolonialreichs im Ersten Weltkrieg	155
	Kolonialrevisionismus und organisierte Kolonial- bewegung	160
	Kolonialkultur und Nationalsozialismus	166

11 Die Kolonien im kollektiven Gedächtnis	173
Auseinandersetzungen um die deutsche Kolonial- vergangenheit	173
Kolonialerinnerung und Nationsbildung in den ehemaligen Kolonien	176
Gegenwart und Zukunft der Kolonial- erinnerung	183
 Karten	 190
Literaturhinweise	197
Namenregister	207
 <i>Zum Autor</i>	 212

Zum Thema

Die deutsche Kolonialgeschichte ist noch nicht zu Ende. Zwar ist die deutsche Herrschaft in Übersee scheinbar Episode geblieben: 1884 mit der Schutzherrschaft über verstreute Territorien in Afrika begründet, bis zum Ende des Jahrhunderts auf Gebiete im Pazifik und in China erweitert, ging das deutsche Kolonialreich bereits im Ersten Weltkrieg wieder unter. Aber in Straßennamen und Denkmälern ist die Kolonialzeit immer noch präsent, in Ausstellungen und Romanen wird sie ins Bewusstsein gerufen, und in wissenschaftlichen Forschungen und Debatten wird um sie gerungen. In jüngerer Zeit nimmt das Interesse sogar wieder zu. Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen. Das umfasst auf globaler Ebene Konflikte um Symbole kolonialer Herrschaft wie Denkmäler, zudem die Kritik an Elementen eines strukturellen Rassismus in der postkolonialen Welt, ferner Forderungen nach der Rückgabe von Kulturgut aus Afrika oder Asien, das im Kontext kolonialer Expansion in westliche Museen gebracht wurde. In Deutschland zielen die Auseinandersetzungen insbesondere auf die Folgen der Kolonialkriege am Beginn des 20. Jahrhunderts. So wurden aus Namibia vor amerikanischen Gerichten Klagen gegen die Bundesrepublik und deutsche Firmen eingereicht. Dabei ging es um eine materielle Entschädigung für den Tod Zehntausender Herero, die sich im Jahr 1904 gegen die Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika erhoben haben. Überdies jährt sich 2004/05 die großen Aufstände gegen die deutsche Herrschaft in Südwest- und Ostafrika – also die Kolonialkriege – zum hundertsten Mal. Das regte wissenschaftliche Forschungen an. Die Debatten fokussieren sich immer wieder auf den genozidalen Charakter der deutschen Kolonialkriege in Afrika. Dahinter steht frei-

lich eine Frage, die primär nicht auf die Kolonien verweist, sondern auf den zentralen Bezugspunkt des kollektiven Gedächtnisses in Deutschland überhaupt, die Frage nämlich nach den Hintergründen und der Vorgeschichte des Völkermords an den europäischen Juden, nach dem Zusammenhang von kolonialer Aggression und nationalsozialistischer Rassenpolitik, allgemeiner nach den Kontinuitäten und Traditionslinien deutscher Geschichte.

Die Frage ist nicht grundsätzlich neu. Hannah Arendt hat bei der Suche nach den »Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft« bereits 1951 Zusammenhänge zwischen Imperialismus und totalitären Systemen hergestellt, und die Forschung der DDR hat früh die Verbindung von Kapitalismus, Imperialismus und Faschismus in Deutschland betont. Die westdeutsche Forschung hat seit den späten 1960er Jahren die Kontinuitäten deutscher Geschichte in den Blick genommen. Anstöße kamen dabei einerseits von der Studentenbewegung und der Solidarität mit Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, andererseits von der kritischen Revision nationalkonservativer Geschichtsbilder und der Suche nach den Bedingungen, die das »Dritte Reich«, den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust ermöglicht hatten. Dahinter stand die These, dass Deutschland sich spätestens seit dem frühen 19. Jahrhundert anders als die westeuropäischen Nachbarstaaten entwickelt und einen Sonderweg beschritten habe. Dazu beigetragen hätten das Ausbleiben einer politischen Revolution, die Verspätung der Industrialisierung und die Art der nationalstaatlichen Einigung von oben durch Bismarcks Kriege. Diese Belastungen hätten zur Schwächung von Liberalismus und Bürgertum beigetragen und die Anfälligkeit für rassistische Erklärungsmodelle und autoritäre Lösungen gesteigert. In den Kolonien sei vor 1914 erprobt worden, was nach 1933 bürokratisch perfektioniert wurde.

Die Forschung der letzten Jahrzehnte hat die Frage nach unheilvollen Kontinuitäten der deutschen Geschichte

aufgegriffen, dabei freilich die Perspektive verändert. Unter dem Einfluss von Neuer Kulturgeschichte, Historischer Anthropologie und Postcolonial Studies hat sie stärker als zuvor den Anspruch erhoben, auch Selbstbehauptung und »Eigensinn« der Bevölkerung in den Kolonien in den Blick zu nehmen. Der Kolonialbevölkerung sollte gewissermaßen ihre eigene Geschichte zurückgegeben werden, sie sollte nicht bloß als Objekt, als hilfloses Opfer deutscher Gewalt, sondern als handelndes Subjekt erscheinen. In diesem Sinn wurde nach Spielräumen und Optionen, nach Überlebensstrategien und neuen kollektiven Identitäten gefragt. Zugleich wurde die Aufmerksamkeit stärker auf Interaktionen und Transfers gelenkt, dabei auch die Rückwirkung auf die deutsche Geschichte und die Erinnerungskultur einbezogen. Derart richtete sich der Fokus wieder auf die Belastungen der deutschen Geschichte, auf die Kontinuitäten des Rassismus und die Vorbereitung des »Dritten Reichs«. Ganz neue Impulse erhielt die Forschung zu den deutschen Kolonien in den letzten Jahren überdies durch die Rezeption innovativer Ansätze der soziologischen Gewaltforschung. Nunmehr wurden nicht nur die Träger von Herrschaft und Gewalt wie Gerichtsbarkeit, Polizei und Militär in den Kolonien in ihren Handlungsbedingungen untersucht. Vielmehr konnte auch die genozidale Politik der deutschen Kolonialherren in den Kriegen von 1904/1905 nun anders erschlossen und analysiert werden. Deutlich wurden die Konstellationen, Faktoren und Logiken einer Radikalisierung der Gewalt in der kolonialen Situation.

Die vorliegende Darstellung will mit der Wiederaufnahme des älteren Begriffs der »Kolonialgeschichte« (Valentin, 1915) die enge, wenn auch ständigem Wandel unterworfenen Verbindung und Wechselwirkung zwischen Metropole und Kolonien ausdrücken. Kolonialgeschichte in diesem Sinn ist erstens die Geschichte von Gewalt, Eroberung und Durchdringung ebenso wie von Selbstbehauptung

tung und Widerstand. Kolonialgeschichte ist zweitens die Geschichte der »kolonialen Situation«, und zwar in Übersee ebenso wie in der Metropole. Das umfasst Wahrnehmungen, Begegnungen und Austauschprozesse. Hier gilt es, eine bloß dichotomische Betrachtung von Tätern und Opfern zu vermeiden und die Handlungsmöglichkeiten der Kolonisierten einzuschließen, Felder von Beteiligung, Kooperation oder Kollaboration zu berücksichtigen. Kolonialgeschichte im hier gemeinten Sinn ist drittens die Geschichte der von der Kolonisierung ausgelösten gewollten und ungewollten Effekte, von Zerstörung und Niedergang ebenso wie von Entwicklung und Modernisierung, von ethnischer Zersplitterung und Auflösung ebenso wie von sozialer Rekonstruktion und Nationsbildung in kolonialer und nachkolonialer Zeit. Schließlich ist Kolonialgeschichte viertens die Geschichte der Erinnerung an Kolonialherrschaft, die Geschichte der Kämpfe um Deutungen und Bewertungen kolonialer Erfahrung. Dabei sind Metropole und ehemalige Kolonien stärker aneinander gebunden, als dies heute meist wahrgenommen wird. Gerade in dieser Hinsicht ist die Kolonialgeschichte noch nicht beendet.*

* Bezeichnungen und Schreibweisen afrikanischer und chinesischer Namen folgen der jeweils zeitgenössischen Praxis. Deshalb wird das koloniale Deutsch-Südwestafrika nicht mit dem erst später geschaffenen, insofern für die Kolonialzeit anachronistischen Begriff »Namibia« benannt, und auch für chinesische Orte der Kolonialzeit wird die seinerzeit übliche deutsche Umschrift verwendet, etwa Kiautschou und Tsingtau (statt heute Jiaozhou und Quingdao).

Die Darstellung hat in mancherlei Hinsicht von den Diskussionen im Gießener Sonderforschungsbereich der DFG über »Erinnerungskulturen« profitiert. Martin Huscher und Daniel Stange halfen bei Vorbereitung und Register.

Mein besonderer Dank gilt Susanne Grindel, die ebenso viel Anregung wie Anregungen gab. Gewidmet ist der Band meinen Kindern: Fabian, Jonas, Jakob, Linus und Lukas.

1 Vorgeschichten

Neue Weltbilder

Wann und warum der moderne europäische Imperialismus einsetzte und ein beispielloser Wettlauf zunächst der europäischen Mächte, dann auch der USA und Japans um die Aufteilung der Welt begann, ist lange kontrovers diskutiert worden. Erklärungsmodelle, die das Gewicht auf ökonomische Faktoren legen, konkurrieren mit solchen, die staatliche Macht oder nationales Prestige betonen. Ansätze, die vom Primat der Außenpolitik ausgehen, stehen neben solchen, die den Vorrang innenpolitischer Interessen annehmen. Je nach Erklärungsmuster bieten sich unterschiedliche Daten für den Auftakt zum Wettlauf um Kolonien an. Ältere Forschungen neigten dazu, Zäsuren zu setzen wie die britische Herrschaft in Ägypten 1882 oder die Berliner Afrika-Konferenz (»Kongo-Konferenz«) von 1884/85. Neuere Forschungen betonen eher die Kontinuitäten der europäischen Expansion im Fernen Osten und der Erschließung der afrikanischen Küstenräume. Im Zeitalter krisenhafter industrieller Modernisierung, protektionistischer Politik und nationalstaatlicher Machtentfaltung, zumal angesichts des Auftretens eines neuen Faktors auf der internationalen Bühne, des 1871 gegründeten Deutschen Reichs, habe sich die Auseinandersetzung um Stützpunkte und Marktzugänge in Übersee rapide beschleunigt und schließlich ein irrational anmutender Konkurrenzkampf um die letzten freien Flecken der Erde eingesetzt. Dem habe sich kaum ein überseeisches Gebiet entziehen können, weder der afrikanische Raum, der zum größten Teil in europäische Kolonialreiche eingegliedert wurde, noch China, das im Rahmen des

so genannten informellen Imperialismus unter die faktische Bestimmungsgewalt europäischer Staaten geriet.

Tatsächlich ist es schwer, klare Wendepunkte in der Geschichte des europäischen Imperialismus zu entdecken. Nicht einmal der Beginn der deutschen Kolonialgeschichte ist auf ein präzises Datum zu fixieren. Bismarcks Entscheidung vom Sommer 1884, überseeische Territorien unter deutschen Schutz zu stellen, bedeutete nur scheinbar eine Zäsur, sie stand in der Kontinuität vorausgegangener Aktivitäten des Reichs in Übersee und führte auch in der Folge lediglich zur schrittweisen Ausweitung deutschen Engagements. Die deutsche Kolonialpolitik vollzog sich im Kontext europäischer Bestrebungen und globaler Wandlungen. Sie reagierte auf Veränderungen im internationalen System und an der so genannten Peripherie; sie spiegelte zugleich Wertungen und Stimmungen, die von globalen Entwicklungen ausgelöst worden waren. Sie war dabei von realen Bedrohungen ebenso wie von antizipierten Gefahren geprägt. Insofern war sie weniger Strategie zur Bewältigung einer krisenhaften Situation als vielmehr selbst Ausdruck einer Krise, die Selbstverständnis und Lebenswelt der Menschen des 19. Jahrhunderts erschütterte.

Diese Krise war Folge neuartiger Globalisierungsprozesse. Neben der Beschleunigung des Wandels stellte vor allem die Verdichtung der Welt eine zentrale Erfahrung der Menschen des 19. Jahrhunderts dar. Der Raum wurde enger. Die Weltbevölkerung wuchs von rund 950 Millionen im Jahr 1800 über 1,2 Milliarden 1850 auf 1,6 Milliarden im Jahr 1900. Die Bevölkerungszahl in Deutschland (Gebiet des Deutschen Reichs von 1871) stieg im selben Zeitraum von etwa 23 Millionen um 1800 über 35 Millionen 1850 auf gut 56 Millionen 1900. Zugleich schrumpften die Entfernungen. Eisenbahn, Dampfschiff (seit 1860 Ablösung des Segelschiffs im Überseeverkehr) und Telegraph (erstes Transatlantikkabel 1866) überbrückten große Räume schneller als zuvor, und neue Verkehrswege wie der

Suezkanal (1869) verkürzten die Strecken. Nachrichtenagenturen (in Europa seit der Jahrhundertmitte) verbreiteten Neuigkeiten rascher als Post und Kuriere. Hatten Nachrichten von Übersee nach Europa zu Beginn des 19. Jahrhunderts über den Seeweg noch Wochen gebraucht, so konnten sie um 1880 binnen Stunden ausgetauscht werden, zumindest mit den Küstenorten und den größeren Städten. Zudem setzten sich Millionen Menschen in Bewegung. Das 19. Jahrhundert wurde zum Jahrhundert der Überseewanderungen. In den frühen 1870er Jahren verließen jährlich über 350 000 Menschen Europa, Anfang der 1880er Jahre stieg der Jahresdurchschnitt auf über 500 000 an, darunter waren 1881 und 1882 jeweils rund 200 000 Deutsche.

Mit der Verdichtung der Welt wuchs das Interesse. Geographen, Kaufleute und Missionare drangen tiefer in bislang unbekannte Regionen ein. Seit den 1840er Jahren waren auch Deutsche beteiligt. Dazu gehörte als erster namhafter deutscher Forscher der Berliner Altertumswissenschaftler und Geograph Heinrich Barth, der 1849 zu einer Expedition nach Afrika aufbrach, oder der Arzt Gustav Nachtigal, der Afrika in den Jahren 1869 bis 1875 bereiste. Ihre Berichte erregten Aufmerksamkeit und fanden Leser in der entstehenden bildungsbürgerlichen Kultur. Sie prägten das Bild der noch unbekannten Regionen, sie zeichneten Bilder von Vielfalt und Exotik und weckten Interesse für ferne Königreiche und Kulturen, für unendliche Weiten und sagenhafte Reichtümer.

Dieses Interesse hatte allerdings eine Kehrseite. Indem Entfernungen schrumpften und fremde Welten näher rückten, stieg zugleich das Bedürfnis nach Orientierung. Neue Denkansätze versuchten die Völker der Welt zu systematisieren und Erklärungen für Geschichtsablauf und globale Ordnung zu geben. Die Erkenntnisse der Biologie, an erster Stelle Charles Darwins, dessen Werk *Über die Entstehung der Arten* 1859 in London erschienen war,

wurden nun auf die menschliche Gesellschaft übertragen. So veröffentlichte der deutsche Zoologe Ernst Haeckel 1869 eine *Natürliche Schöpfungsgeschichte*. Derartige sozialdarwinistische Ideen, die zu den Rassentheorien des späten 19. Jahrhunderts hinleiteten, boten nicht nur eine Erklärung für Unterschiede zwischen den Kulturen und Völkern, vielmehr schien die Theorie vom beständigen und unvermeidlichen Kampf ums Überleben und von der Durchsetzung des Stärkeren den europäischen Staaten das Recht zu geben, überseeische Territorien zu erobern. Dabei veränderte sich auch die Bewertung außereuropäischer Kulturen. Hatten Reisende und Forscher wie Barth und Nachtigal noch deren Eigenständigkeit und Wert anerkannt und von den »Königreichen«, »Staaten« oder sogar »Nationen« in Übersee gesprochen, so war am Vorabend der imperialistischen Expansion zunehmend bloß noch von »Stämmen« die Rede, die im Zustand unmündiger Kindheit verharrten und barbarischen Bräuchen frönten, die günstigstenfalls erzogen und kultiviert werden konnten, schlimmstenfalls aber einer Verbesserung nicht zugänglich waren und in ihrem eigenen Interesse, zur Vermeidung von Gewalt und Chaos, von den Europäern mit strenger Hand beherrscht werden mussten. Das forderte den kolonialen Zugriff geradezu heraus.

Kolonialagitation und Kolonialbewegung

Im Deutschland der 1870er Jahre fanden die neuen Ideen große Resonanz, weil hier Zukunftshoffnungen und Krisenängste besonders eng verbunden waren. Industrielle Modernisierung und nationalstaatliche Einigung hatten Erwartungen geweckt, die nicht erfüllt werden konnten. Der konjunkturelle Einbruch in der Gründerkrise von 1873, das Aufkommen der sozialistischen Bewegung, das

schnelle Bevölkerungswachstum und die Amerikaauswanderung führten zu tiefer Verunsicherung. Koloniale und imperiale Phantasien, die eine Lösung der politischen, ökonomischen, demographischen und mentalen Probleme zugleich verhiessen, stellten dabei nichts grundlegend Neues dar. Sie waren vielmehr Begleiterscheinung des Aufschwungs der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert und schon in diesem Rahmen Ausdruck des Bemühens um Selbstbehauptung in der globalen Konkurrenz der Nationen. Schon vor 1871 fanden sie sich daher in zahlreichen politischen Entwürfen. Die Hoffnungen richteten sich einerseits auf die Auswanderung in Kolonien sowie auf Bodenschätze und Absatzmärkte. So setzte sich der Nationalökonom und Publizist Friedrich List Anfang der 1840er Jahre für eine Siedlungs- und Handelsexpansion ein. Andererseits ging es um die politische Stärkung der Nation durch imperiale Politik, Überseekolonien und eine deutsche Flotte. Dafür standen die Pläne der Nationalversammlung in der Revolution von 1848. Insofern waren die Ideen vorbereitet, an die man anknüpfte, als Ende der 1870er Jahre die Agitation für eine imperialistische Expansion des Deutschen Reichs einsetzte.

Die Wortführer der neuen kolonialen Agitation lassen sich kaum auf einen Nenner bringen, zu verschieden waren sie nach sozialer Herkunft, politischer Ausrichtung und persönlichem Profil. Adlige standen neben Bürgern, Missionare neben Abenteurern, erfolgreiche Geschäftsleute neben gescheiterten Akademikern, Beamte neben freiberuflich tätigen Schriftstellern. Das bildungsbürgerliche Element überwog freilich. Zu den Kolonialagitatoren zählten der ehemalige Missionar Friedrich Fabri, der von 1857 bis 1884 die Rheinische Mission in Barmen leitete und mit der Schrift *Bedarf Deutschland der Colonien?* von 1879 die Debatte wesentlich beeinflusste, der Jurist Wilhelm Hübbschleiden, der eine wechselvolle Berufslaufbahn als Diplomat, Kaufmann in Westafrika und Anwalt hinter sich hatte,

bevor er sich als freier Schriftsteller niederließ, der sächsische Rittergutsbesitzer und Afrikareisende Ernst von Weber, der Hamburger Kaufmann Adolph Woermann, dessen Firma seit 1849 eine Niederlassung in Westafrika unterhielt, der Berliner Kaufmann, Bankier und Industrielle Adolph von Hanseemann, dessen Interessen sich auf die pazifische Inselwelt und später auf China erstreckten, sowie schließlich der promovierte Historiker Carl Peters, der nicht nur für die koloniale Expansion eintrat, sondern selbst nach Ostafrika reiste, um Territorien in Besitz zu nehmen.

Weniger heterogen als die Träger der Agitation waren die Argumente für einen Erwerb von Kolonien. Vier Aspekte standen im Mittelpunkt: Erstens ging es um Absatzmärkte, die den eigenen Handel beleben und die seit der Krise von 1873 stagnierende Nachfrage im Inland ausgleichen sollten. Zweitens galten die Kolonien als Auffangbecken für eine wachsende und zur Auswanderung drängende Bevölkerung. Hübbe-Schleiden berechnete 1881, dass sich von einem etwa gleichen Niveau der Bevölkerungszahlen in England und Deutschland um 1850 bei kontinuierlicher Fortentwicklung der aktuellen Tendenzen kolonialer Expansion und demographischen Wachstums im Jahr 1980 die englischstämmige Bevölkerung auf 927 Millionen belaufen würde, die deutschstämmige dagegen nur auf 146 Millionen; Deutschland drohe also hoffnungslos in Rückstand zu geraten. Durch die Gründung von Siedlungskolonien würde abfließendes Potential der Nation erhalten bleiben und nicht in einem fremden Bevölkerungsschmelztiegel verschwinden. Drittens unterstrichen Kolonialagitatoren die Auserwähltheit und Sendung der eigenen Nation. Das richtete sich einerseits gegen konkurrierende europäische Imperialismen, begründete andererseits eine »Cultur-Mission« (Fabri, 1879, S. 111) in Übersee. Viertens sahen Kolonialagitatoren in der Imperialpolitik die Möglichkeit, »Parteihader« im Inneren zu überwinden, die Arbeiter auf die nationale Aufgabe

in Übersee zu verpflichten und den Nährboden der »socialdemokratischen Agitation« auszutrocknen (ebd., S. 88, 110), nicht zuletzt auch unruhige Arbeitermassen in deutsche Kolonien abzuleiten. Wo das ersehnte neue Deutschland liegen könne, blieb diffus. Vielen Autoren stand Latein- und besonders Südamerika vor Augen, Afrika spielte anfangs eine geringere Rolle. Ohnehin machte sich kein Autor konkrete Gedanken darüber, wie größere Menschenmassen zur Auswanderung in eigene Kolonien verpflichtet werden könnten.

Die Überlegungen basierten nicht auf exakten ökonomischen oder demographischen Berechnungen, sondern spiegelten wiederum sozialdarwinistische Sichtweisen vom Konkurrenzkampf der Nationen. Deutschland müsse sich beteiligen, wenn es den imperialen Vorläufern Großbritannien und Frankreich nicht im globalen Wettstreit unterliegen wolle. Dabei handelte es sich freilich um standardisierte, fast stereotype Argumente, die man in ähnlicher Form auch in britischer oder französischer Kolonialpropaganda lesen konnte. Sie spiegelten die Furcht vor dem Verlust nationaler Identität in einer als bedrohlich wahrgenommenen Globalisierung. Diese sollte in nationale Bahnen gelenkt und dadurch begrenzt werden, um der eigenen Nation in der entstehenden Weltgesellschaft Geltung zu bewahren und der Einebnung nationaler Eigenart durch die konsequente Verbreitung eigener Kultur und Werte entgegenzuarbeiten.

Seit den späten 1870er Jahren entstand eine Reihe von Vereinen, die sich dem kolonialen Gedanken widmeten. Dazu zählten der 1878 unter maßgeblicher Beteiligung von Nationalökonomen gegründete mittelständische und bildungsbürgerliche Centralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen sowie der ein Jahr später unter Mitwirkung Fabris zustande gekommene großbürgerliche Westdeutsche Verein für Kolonisation und Export. Am bedeutsamsten waren der Deutsche Ko-

lonialverein von 1882 und die Gesellschaft für deutsche Kolonisation von 1884. Im Deutschen Kolonialverein, der in allgemeiner Form für die Idee von Kolonisation warb, fanden sich unter dem ersten Präsidenten Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg Vertreter der Eliten des Kaiserreichs zusammen: Schwerindustrielle, Bankiers, Großkaufleute, Reeder aus Hamburg und Bremen, Politiker und Nationalökonomien. Ende 1884 zählte der Verein 9000 Mitglieder, 1886 waren es 12 400. Die Gesellschaft für deutsche Kolonisation wurde 1884 von einer jüngeren Generation kolonialer Enthusiasten um Carl Peters, den Juristen Carl Jühlke und Joachim Graf von Pfeil gegründet. Sie wurde von einer eher kleinbürgerlichen und mittelständischen Mitgliedschaft getragen und kam bis 1887 auf 4500 Mitglieder. Zu den Zielen der Gesellschaft zählten die Beschaffung von Kolonisationskapital, der Erwerb von Überseekolonien und die Lenkung der Auswanderung in diese Gebiete. Anders als der Kolonialverein bereitete die Gesellschaft konkrete Kolonisationsprojekte vor. 1887 schlossen sich die Gesellschaft für deutsche Kolonisation und der Deutsche Kolonialverein zur Deutschen Kolonialgesellschaft zusammen. Die neue Gesellschaft beanspruchte das Monopol auf die öffentliche Vertretung kolonialer Interessen und wuchs von anfangs 14 483 Mitgliedern auf rund 43 000 Mitglieder vor dem Ersten Weltkrieg an. Freilich setzte der Wachstumsschub erst in den späten 1890er Jahren ein. In der Frühzeit deutscher Kolonialpolitik um 1884 blieb die Resonanz begrenzt.

Die Kolonialfrage in Wirtschaft und Politik

Trotz des Engagements vieler deutscher Firmen im Kolonialverein war die Haltung der tatsächlich in Übersee tätigen Häuser keineswegs eindeutig. Anfangs sprach sich

nur eine Minderheit für staatlichen Kolonialerwerb aus. Adolph von Hansemann plädierte als Chef der Berliner Diskonto-Gesellschaft im September 1880 für den Erwerb von Südsee-Territorien, namentlich Samoas und eines Teils von Neuguinea. Dadurch werde das Reich in die Lage versetzt, seinen Bedarf an Kolonialprodukten im eigenen Herrschaftsbereich zu decken und zugleich eine stärkere Position im Welthandel zu erlangen. Anderenfalls werde sich die englische Kolonialmacht die Gebiete einverleiben und deutsche Interessen verdrängen. Hansemann war am Neuguinea-Geschäft beteiligt, doch gaben wohl nicht wirtschaftliche Erwägungen den Ausschlag. Eine andere Position als Hansemann vertraten die zum Teil schon seit den 1830er Jahren in China tätigen deutschen Kaufleute. Nach der Öffnung der Küstenregionen in den Opiumkriegen (1840–1842, 1856–1860) und dem Vertrag von Tienjin zwischen Preußen und China aus dem Jahr 1861, der Angehörigen der deutschen Staaten freien Handelszugang gewährte, gründeten sie zahlreiche Niederlassungen in den Häfen, die sich europäische Staaten durch so genannte ungleiche Verträge als extraterritoriales Gebiet gesichert hatten. An imperialistischer Rivalität konnten die Kaufleute, etwa die im britischen Hongkong ansässigen Firmen Siemssen (Hamburg) und Melchers (Bremen), nicht interessiert sein. So verweigerten sie der Anfang der 1870er Jahre in China errichteten Niederlassung der Deutschen Bank die Zusammenarbeit und blieben bei ihren britischen Partnern. Eine andere Konstellation zeigte sich an der westafrikanischen Küste. Hier suchten zahlreiche europäische Faktoreien den Zugang zum Handel mit dem Binnenland. Sie gerieten dabei auf der einen Seite miteinander in Konkurrenz und stießen auf der anderen Seite auf die Handelsdominanz einheimischer Bevölkerungsgruppen wie der Duala an der Kamerun-Küste. Deshalb suchten sich deutsche Firmen durch Verträge Land und Handelsrechte zu sichern. Unruhen und Macht-

kämpfe unter einheimischen Herrschern sowie die Furcht vor Annexionsinitiativen anderer europäischer Mächte, aber auch Landspekulationen ließen 1883 den Wunsch nach politischem und militärischem Schutz aufkommen. Die Vorstellungen, wie das konkret auszusehen habe, waren indes sehr unterschiedlich. Am weitesten ging die Hamburger Handelskammer, die unter dem Einfluss Woermanns die Errichtung von Flottenstation und Handelskolonie in Westafrika empfahl.

Gespalten und mehrheitlich skeptisch wie die wirtschaftlichen Interessen waren auch die politischen Kräfte im frühen Kaiserreich. Zwar schien mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik seit 1878/79 das Ideal einer liberalen Handelsexpansion überholt; Sicherung und Abschottung von Märkten und Handelsprivilegien hatten nun Vorrang. Doch einen förmlichen Kolonialerwerb propagierte vor 1884 kaum eine Partei. Selbst bei Teilen der Nationalliberalen, die am frühesten und eindeutigsten eine aktive Kolonialpolitik befürworteten, gab es in den 1880er und 1890er Jahren noch freihändlerische Vorbehalte. Die konservativen Parteien, Deutsch-Konservative sowie Reichs- und Freikonservative Partei, waren skeptisch, die Erstere dachte als Vertretung der adlig-agrarischen Eliten namentlich des ostelbischen Preußen eher an eine kontinentale Ostexpansion, die Letztere unterstützte die Kolonialpolitik erst infolge des Bismarck'schen Engagements. Im Zentrum, der Partei des politischen Katholizismus, wurden sehr unterschiedliche Vorstellungen vertreten, im Verlauf der 1880er Jahre näherte sich die offizielle Parteilinie der Kolonialpolitik an. Demographische Argumente, das Bemühen, nationale Zuverlässigkeit zu beweisen, und missionarisch-zivilisatorische Ziele wirkten dabei zusammen. Am entschiedensten widersprachen in den 1880er Jahren die Linksliberalen einem Kolonialerwerb. Sie plädierten für Freihandel und Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, aber gegen eine Subventionierung der Außenwirtschaft.

Lediglich Flotten- und Kohlestationen für die Handelsschiffe wollten sie zugestehen. Aktivismus im Stil von Carl Peters lehnten sie ab, allenfalls akzeptierten sie eine auf Rentabilität kalkulierende Kolonialpolitik nach britischem Vorbild. Noch nicht eindeutig war schließlich die Position der Sozialdemokraten. So gab es hier einerseits schon vor 1884 Stimmen, die sich von Kolonien einen Aufschwung der Wirtschaft und damit Vorteile für die Arbeiterschaft versprachen. Andererseits kritisierte der Parteitheoretiker Karl Kautsky aus wirtschaftlichen, politischen und moralischen Gründen den Erwerb von Handelskolonien; er dachte auch schon an den Schutz der überseeischen Bevölkerung und fürchtete negative Rückwirkungen kolonialer Herrenmentalität auf die deutsche Gesellschaft. Siedlungskolonien beurteilte Kautsky positiver, vor allem im Blick auf eine freiheitliche und demokratische Entwicklung wie in den USA. Andere Sozialdemokraten äußerten sich dazu kritischer. Zur vorübergehenden Kolonialeuphorie blieb die Sozialdemokratie daher auf Distanz.

In der Summe drängten weder Wirtschaft noch Parteien das Deutsche Reich in eine Kolonialpolitik hinein. Auch der Reichskanzler Bismarck äußerte sich wiederholt skeptisch. Das Deutsche Reich sei als Nationalstaat noch nicht gefestigt und militärisch, finanziell und politisch nicht in der Lage, Herrschaftsgebiete in Übersee zu sichern. Umso überraschender erscheint die Entscheidung von 1884, Territorien in Übersee unter deutschen Schutz zu stellen und damit de facto den Weg zu einer deutschen Kolonialpolitik zu öffnen. Vielfältige Erklärungen sind dafür angeboten worden. Bismarcks Verhalten wurde als Reaktion auf gesellschaftliche Bestrebungen wie als gerissene Manipulation der öffentlichen Meinung zu innenpolitischen Zwecken interpretiert, als Antwort auf wirtschaftliche Krisenerscheinungen und Suche nach Absatzmärkten sowie als sozialimperialistische Abwehrstrategie im Sinne Fabris (Wehler, 1984), als vorbeugende Maßregel, die einen Kon-

flikt mit Großbritannien provozieren und dadurch eine probritische Politik des deutschen Thronfolgers und Schwiegersohns der britischen Königin Victoria, des späteren Kaisers Friedrich III., blockieren sollte (Riehl, 1993), oder als Annäherung an Frankreich, das von revisionistischen Zielen an seiner Ostgrenze abgelenkt und dem Kompensation in Übersee angeboten werden sollte. Dies alles mag in Bismarcks Erwägungen hineingespielt haben, es stellte aber nicht die primäre Zielsetzung dar.

Tatsächlich war die Linie der Bismarck'schen Überseepolitik schon seit längerem vorgezeichnet. Bismarck lehnte formelle Kolonialherrschaft als zu kosten- und krisen-trächtig ab, förderte aber wirtschaftliche Expansion und Handelsstützpunkte, wenn es nötig erschien, um deutsches Engagement gegen Konkurrenz zu sichern, vorausgesetzt, dies kollidierte nicht mit anderen außenpolitischen Zielsetzungen und war innenpolitisch durchsetzbar. Indiz dafür ist neben der Errichtung von Flotten- und Kohlestationen, einigen Handelsverträgen und militärischen Interventionen im Pazifik in den 1870er Jahren die so genannte Samoa-Vorlage von 1880. Sie sah vor, das Hamburger Handelshaus Godeffroy, das auf den Pazifikinseln engagiert war und Plantagen betrieb, dort aber in Schwierigkeiten geraten war, aus Reichsmitteln zu unterstützen. Die Vorlage scheiterte im Reichstag, nur Teile der Konservativen und der Nationalliberalen stimmten zu. Das erklärt Bismarcks Zurückhaltung in den folgenden Jahren. Deshalb kündigte er das Engagement des Reichs am 26. Juni 1884 im Reichstag keineswegs in einer effektvollen großen Rede an, wie es in der Logik einer sozialimperialistischen Kalkulation gelegen hätte, sondern eher en passant, fast versteckt zwischen anderen Angelegenheiten. Auch propagierte er keine koloniale Kehrtwende, sondern versicherte, dass sich an der Ausrichtung seiner Politik nichts ändern werde. Man müsse aber den in Übersee aktiven Unternehmen eine gewisse Unterstützung und ihren

Vertretern den Schutz des Reichs gewähren. Im Übrigen wolle man Konflikte mit anderen Kolonialmächten, namentlich Großbritannien, vermeiden. Auch wolle man keineswegs Beamte nach Übersee schicken, sondern die Verwaltung den Handelsgesellschaften überlassen. Nur ein Konsul oder Resident sollte das Reich am Ort vertreten (*Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages*, 1884, Bd. 2, S. 1061 f.).

Die Grundsätze der deutschen Überseepolitik blieben somit konstant und änderten sich bis zu Bismarcks Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt 1890 nicht mehr. Andere außen- und innenpolitische Überlegungen traten 1884 hinzu, die Kolonialpolitik wurde auf ihre instrumentellen Vorteile hin ausgelotet. Auf der in Berlin im November 1884 gemeinsam mit Frankreich einberufenen Afrika-Konferenz präsentierte sich Bismarck als Vermittler zwischen den kolonialen Interessen. In der Schlussakte vom 26. Februar 1885 wurden Regeln des europäischen Engagements in Westafrika und Sicherungen der Handelsfreiheit fixiert. Zuvor schon hatte das Reich damit begonnen, die von Handelsgesellschaften in Besitz genommenen Überseestützpunkte unter deutschen Schutz zu stellen. Den Anfang machten am 24. April 1884 Territorien in Südwestafrika. Es folgte im Juli 1884 die Schutzerklärung über Gebiete in Togo und am Kamerun-Fluss durch den deutschen Generalkonsul in Tunis, den Afrikaforscher und Arzt Gustav Nachtigal. Am 27. Februar 1885 erhielt die Gesellschaft für deutsche Kolonisation förmlichen Reichsschutz für das von ihr in Besitz genommene Gebiet in Ostafrika. Und am 17. Mai 1885 schließlich stellte der Kaiser die Pazifik-Territorien der kurz zuvor gebildeten Neuguinea-Kompanie unter den Schutz des Reichs. Von Bismarck bewusst nur als »Schutzgebiete«, nicht als Kolonien bezeichnet, verloren die neuen Territorien nach einer kurzen Euphorie 1884/85, die aber eher Folge als Motiv kolonialer Expansion war, schnell wieder an öffentlicher Aufmerksamkeit.